Investment Strategy & Research

1. Ausgabe Januar 2012 | Einzelpreis € 7,50 | Abonnements unter www.i-s-r.de

I S & R Research-Report

Mit dem »IS&R Research-Report« geben wir Ihnen tiefer gehende Hintergrundinformationen zu verschiedenen Themenbereichen.

Bemerkungen die satirisch klingen, sind auch so zu verstehen! Übertreibungen und Seitenhiebe werden bewusst gesetzt.

Die Einschläge kommen näher.

Unser lieber Euro

Ungarn & Griechenland

In unserem heimischen Euro-Raum durchleben wir, bzw. hauptsächlich unsere südeuropäischen Mitbürger/Innen gerade eine massive Krise.

- siehe dazu auch die beiden Themen »Krisen, Krisen, Krisen« und »Top-Performer über 10 Jahre« im IS&R Strategy-Report Januar 2012

In Deutschland merken wir davon im Moment (noch) nichts. Im Gegenteil – wir profitieren durch extrem niedrige Zinsen und Kapitalzuflüssen aus diesen Regionen. Die Einschläge kommen aber unaufhaltsam näher. Nehmen wir Österreich als Beispiel: Im letzten Jahrzehnt war Österreich eines der Länder mit der besten Entwicklung im Euro-Raum! Österreich weist inzwischen das höchste Pro-Kopf-Einkommen auf und verfügt über einen sehr gesunden Mittelstand. Gerade von den guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen nach Osteuropa hat Österreich massiv profitiert. **Im Jahr 2011 gehörte der österreichische Aktienmarkt aber mit einem Verlust von rund 35% global mit zu den größten Verlieren.** Österreich verlor in etwa genauso viel wie Ungarn, Argentinien, die Türkei oder auch Indien. Die Zuspitzung der Situation in Ungarn seit dem Frühsommer ist wohl der Hauptgrund für diesen Verfall.

Ungarn ist eines der Länder, die in der jüngeren Vergangenheit bereits »erfolgreich gerettet« wurden. Kurz nach der »erfolgreichen Rettung« sieht man aber weder Erfolg, noch Reichtum, sondern dem Land steht der erneute Gang nach Canossa bevor. Um die Staatspleite abzuwenden sind – genauso wie in Griechenland – neue Kredite notwendig.

Eigentlich weiß doch jedes Kind, dass zusätzliche Kredite nicht die Lösung für einen überschuldeten Schuldner bringen können.

Ein Schuldenschnitt von 50% wird nicht reichen um Griechenland auf »Maastricht-Niveau« zu bringen – dafür bräuchte man eher einen Schnitt von 70%. Wenn Griechenland aber weiterhin ein jährliches Defizit von ca. 10% des BIPs fahren würde, dann

Themen in dieser Ausgabe:

- **Unser lieber Euro: Ungarn & Griechenland**
- **Bankensystem, Target-2**
- **Wolfsrudel: persönliche Motivation, Interessenslage und Lebensläufe mächtiger Personen**
- **»Repertoire des Schreckens«**

wäre es nach ein bis zwei Jahren bereits wieder über dem EU-Durchschnitt und weit oberhalb der Maastricht-Kriterien.

Ungarn hat mit dem Forint wenigstens eine Währung, die sich anpassen kann. Der Forint hat seit dem Sommer bereits mehr als 17% an Wert verloren. Ein weiterer Währungsverlust ist zu erwarten. Diese Währungsabwertung kann für Ungarn mittelfristig wieder Wettbewerbsvorteile bedeuten und Voraussetzungen für späteres Wachstum schaffen. Wer für 2012 gerade Urlaubspläne schmiedet, der könnte hier eventuell bald ein Schnäppchen machen. Vermutlich muss man aber die Hotelpreise in Euro bezahlen, so dass man die Schnäppchen eher bei heimischem Wein und Essen und anderen regionalen Produkten finden wird und nicht bei importierten Waren.

Griechenland hat keine eigene Währung. Einige spekulieren ja über einen Austritt von Griechenland aus dem Euro und der Rückkehr zur Drachme. Griechenland hat aber das Vertrauen der Kapitalmärkte verspielt. Mit der Drachme bekäme Griechenland in den nächsten Jahren keinerlei Kredit. Also ist dieser Schritt nur dann sinnvoll, wenn man zeitgleich zum Austritt eine kapitale Staatspleite hinlegt und die ausstehenden Schulden nicht mehr weiter bedient werden müssen oder nur noch eine minimale Restschuld in Drachmen konvertiert wird. Die Frage der zukünftigen Defizitfinanzierung ist aber trotzdem ungelöst. Kapital-Rückkehr wäre vielleicht eine Möglichkeit für Wachstum, schließlich wurden Unmengen von Kapital ins Ausland gebracht. Ein Euro-Austritt birgt also viele Unsicherheiten hat aber durchaus einige verlockende Elemente.

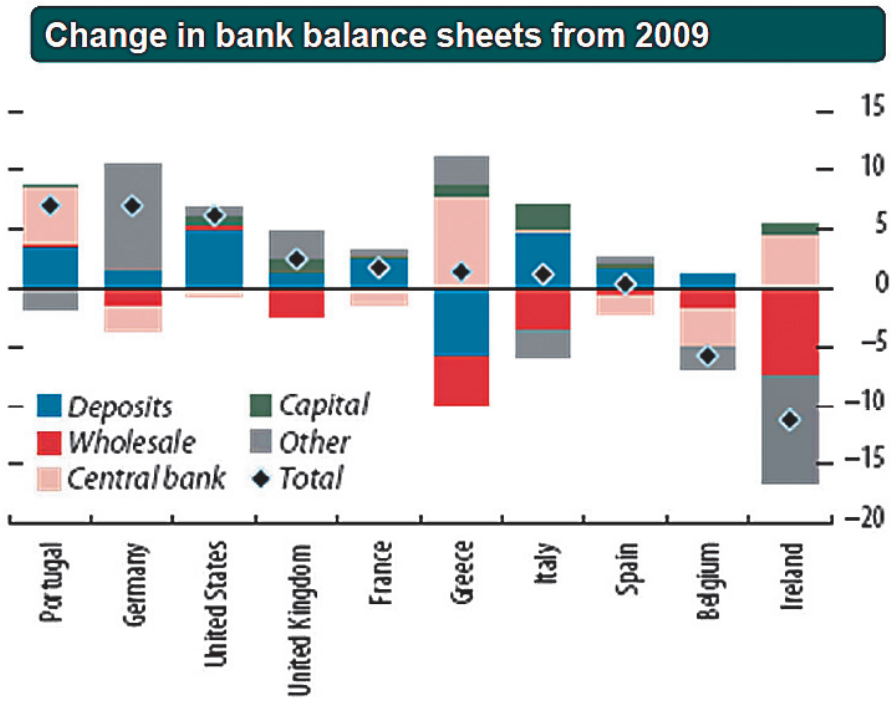
Bankensystem

Das Hauptproblem ist das westliche Bankensystem

Die Banken können sich heutzutage für einen Zinssatz von 1% unlimitiert Geld bei der EZB ausleihen, mit diesen Geldern dann irgendwelche Staatsanleihen kaufen – zum Beispiel italienische - für 7%. Aus dem Nichts hat man also 6% Gewinn gemacht! Die gekauften Anleihen können die Banken dann bei der EZB als Sicherheit hinterlegen und sich wieder für 1% Geld ausleihen. Ist das nicht ein wunderbares, risikoloses Geschäft?

Man könnte ja meinen, dass mit solch unglaublichen Instrumenten und all den Reformen, Abschreibungen, Rettungen, Auslagerungen von Bad Banks und der Aufnahme von Eigenkapital das Finanzsystem heute besser dastehen würde, als vor der Krise. Mit Ausnahme von Irland und Belgien sind die **Bilanzen der Banken** in den europäischen Ländern, in England und in den USA **seit 2009 weiter gewachsen**. Das bedeutet, es stehen noch mehr Forderungen in den Büchern als vorher.

Die bilanzierten Vermögenswerte des deutschen Bankensystems betragen 335% des BIPs der Bundesrepublik! In England sind es 440%, in Frankreich 306% und in den USA 323%. **Diese »Vermögenswerte« sind aber sehr oft nichts anderes als Schulden von anderen Banken und Staaten.**



Veränderung der Bankbilanzen seit 2009
Quelle: M&G Investments: IMF Global Financial Stability Report, September 2011

Kredit-Hebel

Die »Kredit-Hebel« im Bankensystem sind weiterhin extrem hoch. Die französische Société Générale hat einen »Hebel« von rund 1:50. Das bedeutet, dass für jeden Euro Eigenkapital 50 Euro an geliehenem Kapital in solchen »Vermögenswerten« stecken. Die Deutsche Bank, die Banque Postale, Crédit Agricole und die Credit Suisse haben »Hebel« von mehr als 1:30, Commerzbank, Barclays, BNP und UBS sind auch nicht weit davon entfernt. Vor kurzem ging die Dexia pleite – sie war mit einem »Hebel« von mehr als 1:70 unterwegs. Lehman Brothers hatte beim Zusammenbruch 2008 nur einen »Hebel« von 1:35. **Ein »Hebel« von 1:50 bedeutet, dass ein Verlust im Anlageportfolio von**

lediglich 2% bereits das gesamte Eigenkapital der Bank vernichtet und sie dadurch zusammenbrechen würde.

Zurück nach Griechenland

Wenn Griechenland eine Staatspleite hinlegt und / oder aus dem Eurosystem austritt, dann trifft es als erstes das europäische Bankensystem. Ob nun italienische Banken stärker betroffen wären als deutsche oder spanische oder vielleicht doch die französischen – das ist völlig unerheblich. Die großen Institute sind heute so groß und so verzahnt miteinander, dass es eben nur noch ist wie mit einer Kette: Das schwächste Glied entscheidet wann die Kette reißt – nicht das stärkste.

Die Masse kann eben nicht besser sein als der Durchschnitt! Auch wenn jeder Einzelne davon überzeugt ist.

Die oben beschriebene Option hat für die Griechen vermutlich einen gewissen Sex-Appeal. Für viele andere Europäer sicherlich auch. »Raus mit den Griechen aus unserer seriösen Währung« denken sich wohl viele Bürger – auch wenn sie es nicht offen aussprechen. »Am besten auch gleich weg mit den Portugiesen.«

Für das europäische Bankensystem wäre dieser Schritt aber vernichtend – außer man hat jemanden, dem man die ganzen wertlosen Anleihen zu einem hohen Preis verkaufen kann – genau das macht die europäische Zentralbank EZB in den letzten Monaten.

Bankensystem gerettet – Notenbank pleite?!

Wem gehört diese Zentralbank? Richtig – den einzelnen, nationalen Notenbanken und damit dem ominösen »Staat«. »Wer auch immer das sein mag – wir sind´s nicht.« Hurra – die anderen zahlen die Rechnung. Schon wieder so ein schönes, wunderbares Geschäft!

Was wir in den letzten Monaten an politischen Aktivitäten und Rettungsmaßnahmen gesehen haben, ist nichts anderes als ein Vorbereiten für die Staatspleite in Griechenland. Ob die Griechen nun austreten oder nicht, kann uns inzwischen egal sein. Das Problem für die Banken haben wir ja vorbildlich gelöst.

Aus Sicht der Berufssparte des Rettungspolitikers wäre es aber besser, wenn die Griechen im Euro bleiben. Man stelle sich vor was bei einem Austritt des ersten Staates alles passieren könnte!? Eine Kettenreaktion? Weitere Austritte von anderen Ländern? Am Ende steigt der Euro massiv an, weil die schwachen Kandidaten austreten?! Und wie war das mit mehr Kontrolle, mehr Einfluss, neuen europäischen Steuern und Ministerien, gut dotierten politischen Posten für die man nicht mal richtige Wahlen braucht und in Ruhe seine Diäten selbst bestimmen kann?!

Ein Austritt Griechenlands könnte unmittelbar die persönliche Karriereplanung von hunderten Politikern und Technokraten durchkreuzen. Das wird man zu verhindern versuchen – oder man wird versuchen es wie einen »Rauswurf« als »Strafe« oder darzustellen oder man beschuldigt ominöse Dritte. Zum Beispiel die »bösen Spekulanten«, die nicht bereits waren ein entsprechendes Opfer zu bringen.

Die bessere Option wäre ein Verbleib Griechenlands und eine immer tiefer gehende Krise in vielen Euro-Ländern. Dann stünde einem Brüsseler EU-Finanzministerium, einem EU-Wirtschaftsministerium, neuen, hoch spezialisierten europäischen Beamten (die müssen persönlich wenigstens keine lästige nationale Einkommenssteuer zahlen), Euro-Bonds, einer eurostaatlich gelenkten Ratingagentur und vielen tausend Seiten an neuen Gesetzestexten nichts mehr im Wege. Das ganze wird finanziert durch neue, europaweite Steuern. Schöne neue Welt.

Angeblich will unsere Regierung ja nur sicherstellen, dass wir nicht zur Kasse gebeten werden und das »nachhungern« müssen, was die Griechen »verfrühstückt« haben (frei nach dem bekannten Zitat von Roland Baader). Glauben Sie das? Die Realität sieht anders aus.

Das europäische System bietet – aufgrund der Vielzahl von Staaten, Parteien, Unternehmen, Sprachen, Kulturen ein optimales Umfeld um tausende von unterschiedlichen Rettungs-Stellschrauben zu drehen und Teillösungen zu entwickeln. Das schafft Zeit und verwischt Spuren. Die Auswirkungen dieser Veränderungen sind meist erst viele Monate später ersichtlich und für die wenigsten Personen zu durchblicken. In der Zwischenzeit kann man wieder andere Schuldige finden und muss mit neu gewählten Partnern über neue Meinungen diskutieren und neue Maßnahmen entwickeln. Der Euro-Raum bietet also die Möglichkeit eine finale Lösung der »Schuldenkrise« für lange Zeit vor sich her zu schieben und immer neue unschuldige Schuldner aufzubauen, die man dann retten muss.

Schulden und Guthaben

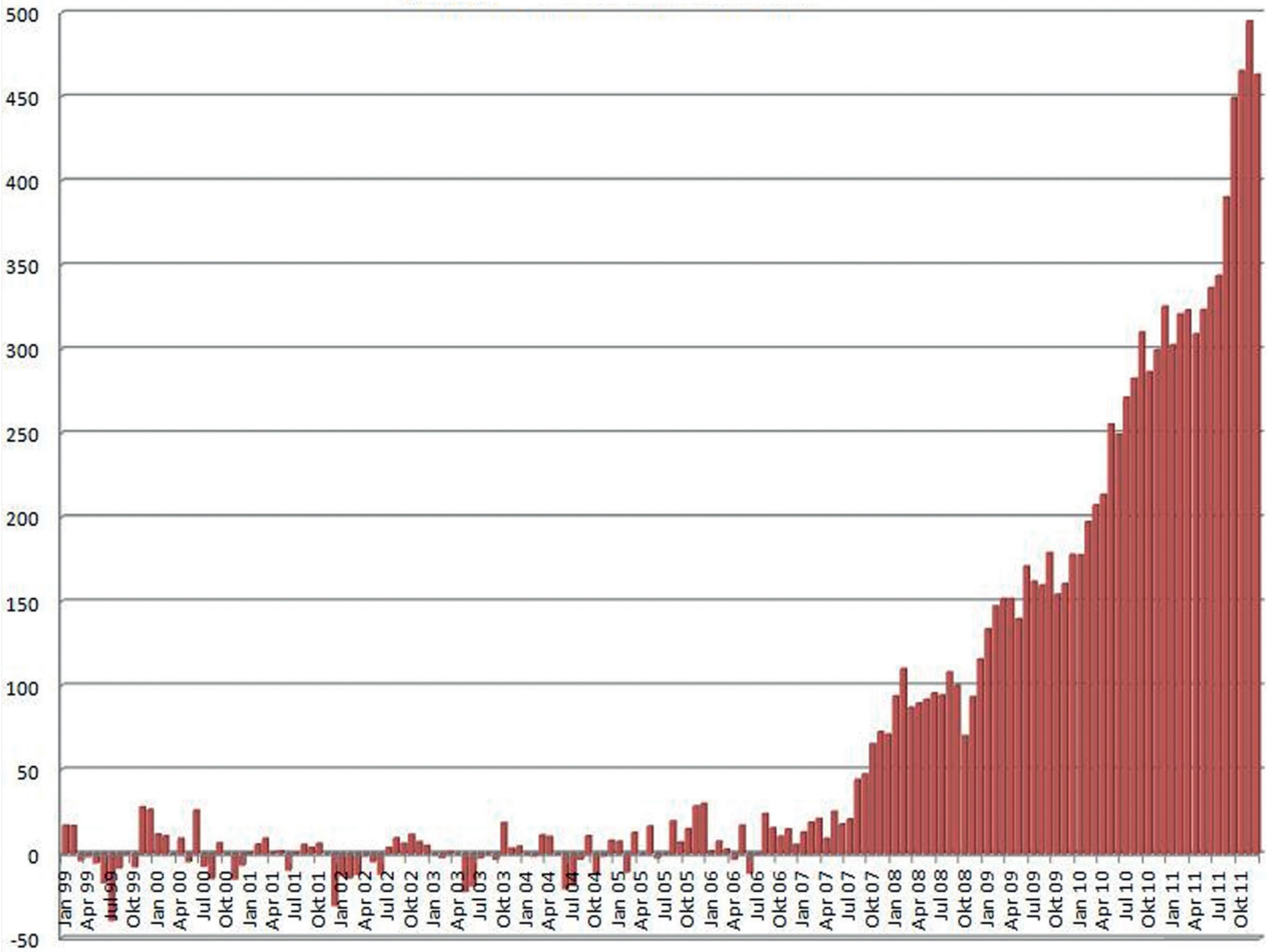
Bitte beachten Sie: Jede »Schuld« ist irgendwo anders ein »Guthaben«. Wenn die Verantwortlichen inzwischen seit Monaten gebetsmühlenartig ankündigen, dass Sie die Schuldenkrise lösen möchten, dann ist das nichts anderes, als die Ankündigung der Vernichtung von Guthaben. Da soll sich hinterher niemand beschweren oder sagen, er habe von nichts gewusst! Alle wollten retten, somit ist doch

klar, dass Opfer gebracht werden müssen. Schließlich müssen die ganzen Garantien und Bürgschaften doch irgendwie bezahlt werden. Optimaler Weise wird der Rettungspolitiker in Anbetracht von potentiellen Wählerstimmen immer die Guthaben bei der jeweils kleineren und wehrloseren Wählergruppe vernichten (also von bösen Vermietern, Selbstständigen, Vielfliegern, Arbeitnehmern, Nicht-Wählern, Kapitalisten, Goldbesitzern oder anderen Minderheiten).

Target-2 Saldo

Target-2 ist keine neue Zahnpaste und auch keine Motorölsorte. Das »Target-2-System« der nationalen Notenbanken ist so zu verstehen wie ein Überziehungskredit. Der Zahlungsverkehr der einzelnen Personen und Firmen innerhalb der Eurozone wird am Ende durch entsprechende Saldierung bei der jeweils heimischen Notenbank abgerechnet. Theoretisch sollten sich die Salden immer wieder von selbst ausgleichen. **Soweit die Theorie.**

Die Praxis zeigt aber etwas ganz anderes. Die deutsche (495 Mrd. Euro), die niederländische (143 Mrd. Euro), die luxemburgische (98 Mrd. Euro) und die finnische (66 Mrd. Euro) Zentralbank weisen per November 2011 einen »Target-2-Saldo« (also auf gut deutsch Forderungen an andere Länder) in Höhe von mehr als 800 Milliarden Euro auf. Noch im Sommer betrug der Saldo der Notenbanken dieser Länder noch weniger als 465 Mrd. Euro. **Das bedeutet also, dass allein in den Monaten zwischen Juli und November andere Euro-Notenbanken mehr als 335 Mrd. Euro an Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland, Niederlande, Luxemburg und Finnland aufgebaut haben.** Hierbei steht Portugal mit mehr als 60 Mrd. Euro in der Kreide, Irland verbucht über 140 Mrd. Euro, Italien hatte bis zum Sommer noch einen positiven Saldo – inzwischen beläuft er sich aber auf -150 Mrd. Euro. Das kleine Griechenland schuldet uns hier auch lächerliche 100 Mrd. Euro. Spanien 140 Mrd. Euro, Belgien rund 50 Mrd.



Target2-Saldo der Deutschen Bundesbank

Quelle: http://www.querschuesse.de/target2-salden/

und auch Frankreich reiht sich hier mit 100 Mrd. ein.

Die europäischen Notenbanken dürfen die Nationalstaaten nicht direkt finanzieren. Das ist gut so. **De facto finanzieren aber die nationalen Notenbanken die Volkswirtschaften von anderen EU-Ländern untereinander und die europäische Notenbank finanziert die Banken** in dem sie ihnen erstens unlimitiert Geld zu 1% verleiht und zweitens kauft die EZB die Anleihen von »Problemländern« am »Sekundärmarkt« – also an der Börse auf – mit dem Zweck die Zinsen der Länder niedrig zu lassen.

Wenn die Salden nicht irgendwann zurückgeführt werden oder gar ausfallen, dann haben wir den Salat – vor allem der deutsche Steuerzahler wird dann wieder zur Kasse gebeten.

Das Wolfsrudel

Wie man sieht, wird geschoben, getrickst und bilanziert wie nur irgendwie möglich – auf höchstem Niveau. Die passenden Köpfe hat man sich dazu auch eingekauft. Der EZB Präsident **Mario Draghi** war von 2002 bis 2005 Vizepräsident von Goldman Sachs in London, danach Gouverneur der italienischen Zentralbank. **In diesen Positionen war er vermutlich völlig unbeteiligt an der aktuellen Misere!?**

Ähnliche »Köpfe« findet man auch in Griechenland und in den USA. Erst arbeitet man bei einer internationalen Investmentbank – und berät die Politik in Sachen »kreative Buchhaltung«, »Verkauf von Volksvermögen« oder was auch immer und kassiert für diese Deals einen hohen, mehrstelligen Millionenbetrag. Wenn dann die Unternehmen kurz vor dem Kollaps stehen, dann wechselt man eben in die Politik, um mit Rettungsaktionen seine Freunde und Wegbegleiter wieder mit Milliardenbeträgen zu unterstützen. In der nächsten Legislaturperiode sitzt man dann wieder in einer Vorstandsetage. Eine Variante dieses Bettenwechsels ist die »Berufsmonogamie«. Der Rettungspolitiker sitzt unabhängig von politischen Veränderungen oder selbst verschuldeten Krisen immer fest im Sattel. Dass dies kein Einzelfall ist, soll nachfolgend anhand einiger prominenter Beispiele belegt werden:

Mario Monti

aktuell Ministerpräsident Italiens, Berater bei Goldman Sachs und Coca Cola, Vorstand der Bilderberg-Konferenz; davor: EU-Kommissar

Hank Paulson

aktuell Geschäftsmann; davor: Pentagon, Weißes Haus (bereits 1972), Goldman Sachs (1974), 1999-2006 CEO von Goldman Sachs, ab 2006 Finanzminister der USA – geschätztes Privatvermögen: 700 Mio. Dollar.

Jon Corzine

bis 1999 bei Goldman Sachs, 2001-2006 Senator New Jersey, 2006-2010 Gouverneur New Jersey, 2010-2011 CEO bei MF Global – die im Herbst 2011 spektakulär Pleite gingen; 700 Millionen Dollar an Kundengeldern sind »verschwunden«

Robert Rubin

aktuell Wirtschaftsberater bei Obama; davor: Finanzminister unter Clinton, danach von 1999 bis 2009 Berater für die Citigroup (was ihm mit 126 Mio. Dollar einbrachte)

Larry Summers

aktuell Harvard-Professor; davor: 1991-1993 Chefökonom der Weltbank, 1999-2001 Finanzminister unter Clinton; 2008 Wirtschaftsberater von Obama

Timothy Geithner

aktuell Finanzminister der USA; davor: Ab 1988 im Finanzministerium, ab 1999 diente er unter Robert Rubin und Larry Summers, zwischendurch mal eben beim Internationalen Währungsfonds, ab 2003 Präsident der Federal Reserve Bank New York.

Gary Gensler

aktuell Vorsitzender der Commodity Futures Trading Commission (die Aufsichtsbehörde für Termingeschäfte); davor Goldman Sachs und natürlich war er auch im Finanzministerium (Quelle der Lebensläufe: Wikipedia)

Glauben Sie, dass Leute mit solchen Lebensläufen im Sinne des Volkes handeln oder eher im Sinne des eigenen Geldbeutels oder der eigenen Karriere?

Dieses Spiel geht schon seit Jahren. Dabei muss man sich aber gar nicht so sehr auf den Finanzsektor konzentrieren. Wesentliche Personen aus der Bush-Clique kamen aus der Energie- und der Rüstungsbranche. **Dick Cheney** wäre als Stichpunkt zu nennen. Auch wenn man in unsere Heimat blickt, sieht man, dass die Industrie vermehrt ihre Chefetagen mit (ehemaligen) Politikern besetzt und andersrum die Politik immer mehr die Beratung von Lobbyisten und Industrieverbänden in Anspruch nimmt. **Scheel, Schröder, Koch, Fischer, Althaus, Wissmann** – um nur einige zu nennen. Wenigstens sieht man hierzulande überwiegend den Wechsel von der Politik in die Wirtschaft und (noch) nicht das Hin und Her wie in den USA.

Damit wir uns hier nicht falsch verstehen: Natürlich müssen Wirtschaft und Politik miteinander sprechen und agieren. Natürlich sollten auch die Ressort-Politiker und Kontrolleure Branchenerfahrung mit ins Amt bringen. **Was wir in den letzten Jahren aber in Form von Kriegen, Spekulationsblasen und Rettungspaketen gesehen haben geht eindeutig zu weit. Es geht hier um die rein privaten, persönlichen Interessen einer sehr kleinen Elite, die sich schamlos beim Volk bedient. Natürlich immer unter dem Deckmantel der Alternativlosigkeit oder der Abwehr von Bedrohung**.

»Repertoire des Schreckens«

Es ist davon auszugehen, dass die von Schwierigkeiten betroffenen Länder jede Art von Gegenmaßnahmen ergreifen, um gegen die »Ungerechtigkeit« der Märkte und Geld in die klammen Kassen zu spülen.

Das Instrumentarium ist an Kreativität kaum zu überbieten – deswegen will ich hier nur ein paar wenige Ideen geben:

Feindbilder schaffen und das Übel im Ausland suchen ist **normalerweise der erste Reflex**. Das Übel im Ausland wird dann bekämpft mit Sanktionen, Kapitalverkehrskontrollen, Strafzöllen, Embargos, Ausschluss aus Organisationen oder Krieg. Das Feindbild kann aber auch eine Personengruppe sein – am besten eine nicht näher definierbare Personengruppe wie »die Spekulanten« oder »der Markt«.

► siehe hierzu auch das Thema »Der Markt« und die »bösen Spekulanten« im IS&R Strategy Report Januar 2012

Sehr beliebt und hoch aktuell ist die **Verstaatlichung und Enteignung** von gewissen Unternehmen. Ob es nun einzelne Banken sind, die (teil)verstaatlicht werden (da haben wir in Europa ja inzwischen eine Vielzahl von Namen – inklusive Enteignungen gesehen) oder ganze Branchen vom Staat einverleibt werden – wie ganz aktuell in Venezuela.

Ein weiteres, sehr beliebtes Mittel in starken Krisen ist das **Goldbesitzverbot**. Das gab es in den USA, in Deutschland und vielen anderen Ländern schon mehrfach. Auch Venezuela mischt hier aktuell wieder mit.

Ebenfalls in dieses »Repertoire des Schreckens« gehört eine umfangreiche **Immobilienbesteuerung**. Ob nun mittels einer **Zwangshypothek**, wie in Deutschland nach der Währungsreform oder über den Umweg von den »normalen« jährlichen Steuern – viele Gemeinden haben sich hier in den letzten Jahren massiv an der **Grundsteuer** bedient. In Griechenland versucht man das im Moment auch, in Italien ebenfalls. In Ländern in denen die meisten Personen zur Miete wohnen – wie in Deutschland - sind auch **Mietpreisdeckelungen** gern gesehen. **Nicht umlegbaren Zwangs-Kosten** (wie zum Beispiel eine »klimafreundliche« Modernisierung und Isolierung oder die nutzerunabhängige Gewährleistung ausreichender Wohnraum-Belüftung, die EU-Weite Verpflichtung für intelligente Stromzähler) sind nichts anderes als indirekte Konjunkturpakete und finden **bereits heute Anwendung in voller Breite**.

Dringend erwähnen sollte man den §47 im **Kreditwesengesetz**. Hier steht wörtlich, dass bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten…« die **Bundesregierung durch Rechtsverordnung**« (…) »**anordnen kann, dass die Kreditinstitute für den Verkehr mit ihrer Kundschaft vorübergehend geschlossen bleiben** und im Kundenverkehr **Zahlungen und Überweisungen weder leisten noch entgegennehmen dürfen.**« Man sollte wissen, dass es diesen Paragraphen gibt und dass man eben kein neues Gesetz verabschieden muss oder irgendwelche Institutionen benötigt oder große Mehrheiten finden muss, um ihn umzusetzen. Es genügt eine Rechtsverordnung der Bundesregierung. **Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Bundesregie-**

rung in den letzten Jahren mehrmals genau über diese Maßnahme nachgedacht hat. Warum sollte auch sonst von Kanzlerin und Finanzminister an einem Sonntagnachmittag ohne jegliche rechtliche Grundlage im Fernsehen lauthals eine Staatsgarantie auf alle Einlagen verkündet worden sein?

Jede Art von **Vorsorgeinstrument** erfreut sich ebenfalls großer Beliebtheit in der Einflussnahme durch die Politik. Ob es nun um die »Deckungsstockfähigkeit« von Wertpapieren geht – hier kann der Staat die Versicherer quasi dazu verdonnern ausschließlich eigene Staatsanleihen zu kaufen, oder um **Zwangsmaßnahmen** bei den **Beiträgen** (siehe unsere **gesetzlichen Krankenkassen**, die inzwischen alle das gleiche kosten müssen) oder unter den **Beitragszahlern** (aktuelle Diskussion von **Zwangsversicherung der Selbstständigen** in der gesetzlichen Rentenversicherung). In Ungarn hat der Staat sich vor kurzem übrigens das Vermögen der gesamten privaten Rentenversicherungen unter den Nagel gerissen. Auch das geht – mitten in Europa.

Zu guter Letzt möchte ich noch die **Notenbanken** ansprechen. Kein geringerer als der US-Notenbankpräsident (FED) Ben Bernanke hat in einem Aufsatz eine **gesetzliche Zinsobergrenze**, wie man sie nach dem zweiten Weltkrieg in den USA hatte, gelobt. Wenn die Zinsen zu teuer werden, dann werden diese per Gesetz in der Höhe begrenzt. So einfach ist das. Die Notenbanken können natürlich auch **unbegrenzt Geld drucken**. Sie können nicht nur - **sie machen es auch**. Wenn Sie es auch noch nicht ganz so offen zugeben. Robert Mugabe in Zimbabwe war wenigstens ehrlich. Er sagte einmal sinngemäß »wenn irgendwo im Land nicht genügend Geld ist, dann drucken wir es dort eben«. **Das traurige Ergebnis in Zimbabwe kennen wir**. Ben Bernanke sagte ja auch mal, dass man das »Geld notfalls aus dem Helikopter werfen könnte« – von daher auch die Bezeichnung »Helicopter-Ben«. **Wird das Ergebnis in den USA anders sein?**

Dieses **»Repertoire des Schreckens«** verdeutlicht, dass es **DIE Lösung für die eigene Anlageentscheidung nicht gibt, da jede Maßnahme eine andere Anlageklasse betrifft.**

Verfasser:
Tobias Kunkel
Geschäftsführer der IS&R GmbH, geprüfter Bankfachwirt (IHK), technischer Analyst (CFT / DITA I +II)

Risikohinweise, Haftungsausschluss, Interessenskonflikte

Bei vorliegender Publikation handelt es sich nicht um eine Finanzanalyse. Die Publikation gibt lediglich die Meinung des jeweiligen Verfassers wieder. Es wird in keinem Fall zum Kauf oder Verkauf irgendwelcher Wertpapiere aufgefordert. Diese Publikation ersetzt keine persönliche Anlageberatung. Der Handel mit Wertpapieren birgt erhebliche Risiken – bis hin zum Totalverlust. Weder der jeweilige Autor, noch die IS&R GmbH haften für den Eintritt der getroffenen Aussagen. Möglicher Interessenskonflikt: Die IS&R GmbH, deren Kunden und Mitarbeiter können in den besprochenen Märkten, Wertpapieren oder ähnlichen Papieren investiert sein.

Impressum

Herausgeber: IS&R GmbH, Mittelstraße 10, 49593 Bersenbrück, Geschäftsführer: Tobias Kunkel, HRB 205764, Amtsgericht Osnabrück, Tel. +49 5439 809138-0, Fax +49 5439 809138-19, info@i-s-r.de, www.i-s-r.de
Illustrationen: Rudolf Schuppler, www.grafik-schuppler.at
Charts: vwd portfolio manager
Layout & Satz: ebene23
Der Herausgeber ist zugleich Ansprechpartner aller Verantwortlichen. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Osnabrück. Nachdrucke und Veröffentlichungen, auch in Auszügen, sind nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet.